

Zeitgeschehen

Bernd Brackmann

Denk ich an Deutschland vor der Wahl ...

Anmerkungen zum Zustand unseres Staatswesens

Mancher friedliebende und werteorientierte Mensch dürfte nach der Gründung der Bundesrepublik gewünscht haben, Deutschland als Vermittler zwischen den Machtblöcken Ost und West und als ein Land zu sehen, das nicht nur für materiellen Wohlstand, sondern auch für ein qualitativ zu bestimmendes Wohlergehen seiner Bürger und letztlich aller Lebewesen auf der ganzen Welt einträte. Dieser Wunsch prägte zum großen Teil auch die Parteiprogramme der Anfangsjahre. Auf die aktuelle Situation und viele inzwischen hinzugekommene Probleme und Erfahrungen übertragen, wären Sozialität, Frieden, Ökologie, Freiheitlichkeit (nicht wirtschaftliche Ellbogenfreiheit) und Fortentwicklung der Demokratie zu nennen, die das gesellschaftliche Leben vorrangig prägen sollten. Der Garant dafür kann nur ein funktionierender Rechtsstaat mit konsequenter Gewaltenteilung sein. Das scheint das deutsche Grundgesetz auch zu gewährleisten, doch hat Marcus Andries an dieser Stelle unlängst dargelegt, wie sehr durch das Regierungshandeln während der Coronazeit die Rechtsstaatlichkeit untergraben wurde.¹ War das eine absolut nicht zu erwartende Wendung zum Negativen? Leider sehen wir hier zwar ein in dieser Form extremes, aber nicht absolut neues Phänomen. Denn es gibt und gab immer schon eine Reihe allgemein wenig bekannte, aber grundlegende Defizite des Rechtsstaats und der Demokratie in Deutschland. Hier nur einige Aspekte:

Über die Einführung des Grundgesetzes haben 1949 die Landtage abgestimmt, nicht die Bevölkerung. Der Journalist Paul Schreyer nennt es »ein demokratisches Unding und besonders widersinnig vor dem Hintergrund, dass die Verfassungen der Länder zwischen 1946 und 1950 sehr wohl dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wurden«, dass in der Präambel des Grundgesetzes nicht die Wahrheit genannt wird, wenn es heißt: »Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.«²

Die deutsche Staatsanwaltschaft ist abhängig von den Justizministerien, die Anklagen anweisen und unterbinden können – auch solche gegen Politiker. Hier besteht also keine echte Gewaltenteilung, und daher darf die Bundesrepublik keinen EU-Haftbefehl ausstellen.³

Selbst das Bundesverfassungsgericht steht nicht außerhalb von Einflüssen der Exekutive. Verfassungsrichter werden je zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat gewählt (über deren Gesetzgebung sie dann zu urteilen haben), und dürfen zwar »weder dem Bundestage, dem Bundesrate, der Bundesregierung noch entsprechenden Organen eines Landes angehören«⁴, können aber unmittelbar aus einem der genannten Organe in das Verfas-

die Drei 4/2021

sungsgericht wechseln. Dass Urteile der von bestimmten Parteien nominierten Richter in deren Sinne ausfallen, ist erwiesen.⁵

Art. 20, Abs. 2 des Grundgesetzes erklärt: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.« Das Grundgesetz schließt also Abstimmungen bzw. Volksentscheide nicht grundsätzlich aus, aber sie sind nicht institutionalisiert; hier stimmen Ideal und Wirklichkeit nicht überein. »Bislang zwölf Versuche gab es im Bundestag, Volksabstimmungen auf Bundesebene einzuführen. Die dazu notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit wurde nie erreicht.«⁶

Der gefährdete Rechtsstaat

Aber noch mehr von dem, was das Grundgesetz eigentlich vorsieht, ist nicht verwirklicht worden, wie der Rechtswissenschaftler Jan Schröder erläutert: »Nach der Wiedervereinigung ist keine neue Verfassung erarbeitet worden. Wenn man bedenkt, dass die Demokratie des Grundgesetzes ein westliches Produkt ist, [...] und dass die parteipolitische Landschaft die demokratischen Verfahren und Umgangsformen prägt, dann musste sich die Demokratie durch die Wiedervereinigung wandeln. Das Grundgesetz bildete die neue Weichenstellung nicht ab. Da es nach der Wiedervereinigung nicht zu einer Generalüberholung des Grundgesetzes gekommen ist, blieb auch der wesentliche Bestand der verfassungsrechtlichen Bestimmungen über die Demokratie unverändert. Das – zur Kennzeichnung des Provisoriums 1949 so getaufte – Grundgesetz blieb die Verfassung des wiedervereinigten Deutschlands, und das normative Gesicht der Demokratie blieb auch bei 80 Millionen Einwohnern dasselbe.«⁷

Außerdem ist unser Rechtswesen durch massive Einsparungen inzwischen so überfordert, dass es seine Aufgaben kaum mehr erledigen kann⁸ und vor Bedrohungen zunehmend einknickt.⁹ Auch entspricht die zunehmende Überwachung der Bürger keineswegs dem Wesen eines Rechtsstaates.¹⁰ Dass in der Coronazeit

nun viele Grundrechte wie selbstverständlich außer Kraft gesetzt wurden, mag durchaus auch durch die Gewöhnung an eine unvollkommene Rechtsstaatlichkeit sowie durch die fehlende Absicht einer weiteren Demokratisierung begründet sein.¹¹ Daher müsste alle Kritik an den Corona-Schutzmaßnahmen über den konkreten Anlass hinausgehen und Grundsätzliches in den Blick nehmen. Neben diesen Defiziten haben Abhängigkeiten¹² und Fehlleistungen¹³ von Politikern deren Beziehungen zu den Bürgern in hohem Maße belastet.

Weitere Phänomene wie die willkürliche Machtusurpation der Kanzlerin (welche sogar die mit den Ministerpräsidenten gemeinsam verfügte Osterquarantäne im Alleingang rückgängig machte), die Befürwortung einer Corona-Impfpflicht durch den bayerischen Ministerpräsidenten,¹⁴ die allesamt zu überhöhter Selbstdarstellung neigenden Kanzlerkandidaten, einschüchternde Hausdurchsuchungen bei Kritikern der Corona-Schutzmaßnahmen und bei Richtern, die missliebige Urteile fällen¹⁵ sowie der maßlose Erweiterungsbau des Bundeskanzleramtes¹⁶ bestätigen folgende Aussage Rudolf Steiners: Immer noch lebt und wirkt das Prinzip, »das mit dem Ende des 18. Jahrhunderts überwunden war« und »welches sich dadurch unbemerkt macht, daß es sich gerade umkleidet [...] mit den Phrasen der Demokratie, das die Maske annimmt und die Bestrebung hat, auf diesem Wege möglichst viel Macht zu erlangen.«¹⁷ Wir erleben eine moderne Ausprägung des lange für überwunden gehaltenem Feudalismus. Wenn auch keinem Politiker abgesprochen werden soll, dass er zumindest anfangs andere Ideale gehabt hat, scheinen doch der Parlamentsbetrieb und vor allem eine Regierungsbeteiligung bzw. die Aussicht darauf diese in der Regel zu gefährden.

Natürlich darf nicht vergessen werden, dass es immer noch Möglichkeiten zur politischen Mitbestimmung und Mitgestaltung durch die Bürger gibt.¹⁸ Allerdings liegen diese eher auf der kommunalen bzw. der Landesebene, nicht in der »großen« Politik. Auch die Idee der Bürgerräte bringt Hoffnung auf mehr politische Beteiligung der Bürger – wenn ein solcher delibe-

rativer Aspekt der Mitgestaltung nicht nur eine Ausweitung des ohnehin schon immensen Beratungsaufwandes für die Regierenden bleibt.¹⁹

Niedergang oder Erneuerung?

Nun sollen im September zum Nachweis demokratischer Normalität turnusgemäß wieder Bundestagswahlen stattfinden. Welche Bedeutung haben sie noch? Die Folgen von Wahlen können für einen großen Teil der Bürger ernüchternd sein, da selbst nach einem Sieg der gewünschten Partei völlig Unerwünschtes geschehen kann. Die 1998 gewählte rot-grüne Regierung führte Deutschland wider alles Erwarten in einen völkerrechtswidrigen Krieg und schleifte mit der Agenda 2010 den Sozialstaat; die SPD kritisierte vor der Wahl 2005 entschieden eine von der CDU/CSU angekündigte Mehrwertsteuererhöhung von 2%, um dann gemeinsam mit ihr in einer großen Koalition eine 3%-ige Erhöhung durchzusetzen. Auch jetzt weisen alle Anzeichen darauf hin, dass nach der kommenden Wahl kaum Verhältnisse geschaffen werden, in denen Demokratie und Rechtsstaat erneuert oder gar weiterentwickelt

werden können. Durch verschiedene Corona-Verordnungen und -gesetze ist und wird die beschriebene Zerstörungstendenz vielmehr in die Zukunft hinein fortgeschrieben.²⁰

Wer sich nun aber nur den Zustand vor der Corona-Pandemie oder vor der Migrationskrise von 2015 zurückwünscht wie viele konservative Kritiker, übersieht die grundlegend vorhandenen Defizite und die über lange Zeit entstandenen Schäden.²¹ Ist die BRD also gar an ein Ende gekommen? Nehmen wir hier einmal eine höhere Perspektive ein und blicken auf die Bedeutung spiritueller Rhythmen. 72 Jahre sind unter kosmischen Aspekten die reguläre Lebenserwartung eines Menschen, und diese Spanne kann auch für andere Lebensbereiche gelten. 72 Jahre währte die Zeit von der Russischen Revolution bis zum Ende der Sowjetunion. Es scheint so, dass wir uns nach 72 Jahren auch für die BRD mit einem Niedergangsszenario auseinandersetzen müssen.

Auch der 33-Jahre-Rhythmus kann in verschiedener Hinsicht von Bedeutung sein: 1986, 33 Jahre vor 2019, wanderte die atomar verseuchte Wolke aus Tschernobyl um die Welt und weckte ein Bewusstsein globaler Bedro-

1 Marcus Andries: »Zur Verfassung unserer Verfassungswerte«, in: DIE DREI 3/2021, S. 10-17.

2 www.heise.de/tp/features/Weshalb-direkte-Demokratie-nicht-im-Grundgesetz-steht-4080019.html

3 »Deutsche Staatsanwaltschaften dürfen einem Urteil des höchsten EU-Gerichts zufolge keine Europäischen Haftbefehle ausstellen. In der Bundesrepublik gebe es »keine hinreichende Gewähr für Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive«, urteilte der Europäische Gerichtshof in Luxemburg.« – www.spiegel.de/panorama/justiz/eugh-deutsche-staatsanwaelte-duerfen-eu-haftbefehl-nicht-ausstellen-a-1269623.html

4 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) Art. 94, Abs. 1.

5 Vgl. www.lto.de/recht/justiz/j/bverfg-richter-partei-naehe-einfluss-entscheidungen-studie-uni-mannheim/

6 www.openpetition.de/hausparlament/sollen-volksabstimmungen-auf-bundesebene-eingefuehrt-werden

7 [https://ulrich-jan-schroeder.de/2018/02/28/die-](https://ulrich-jan-schroeder.de/2018/02/28/die-verborgene-seite-der-demokratie/)

[verborgene-seite-der-demokratie/](http://www.verborgene-seite-der-demokratie/)

8 Vgl. Ralph Knispel: »Rechtsstaat am Ende – Ein Oberstaatsanwalt schlägt Alarm«, Berlin 2021.

9 www.focus.de/politik/deutschland/jung-gewalt-tig-skrupellos-al-zein-clan_id_10508319.html

10 <https://netzp politik.org/2021/studie-das-ausmass-der-ueberwachung-ist-belegt/>

11 Eine Weiterentwicklung der Demokratie scheint insgesamt kaum im Interesse der Politiker zu liegen. Auf ihrem letzten Parteitag im November 2020 haben sich selbst die Grünen gegen Volksentscheide ausgesprochen. – www.zeit.de/politik/deutschland/2020-11/gruene-bundesparteitag-volksentscheide-buergerraete-grundsatzprogramm.

12 Vgl. Thomas Röper: »Abhängig beschäftigt – Wie Deutschlands führende Politiker im Interesse der wirklich Mächtigen handeln«, Gelnhausen 2021.

13 Vgl. als ein Beispiel von vielen den Artikel von Ralf Wurzbacher: »Schamlos, würdelos, ferngesteuert. Ein Prosit auf den Scheuer Andi!« – www.nachdenkseiten.de/?p=73756

hung, wie es die Corona-Pandemie nun verstärkt wieder tut. Aber dieser Rhythmus kann auch positive Aussichten eröffnen: Im Jahr 1989 endeten die Teilung Deutschlands und der Kalte Krieg, was Anlass zu großen Hoffnungen gab, auch wenn sie höchstens teilweise erfüllt wurden. Was wäre im Jahr 2022, also 33 Jahre später, zu erwarten? Wir sollten überraschende positive Wandlungsereignisse nicht ausschließen. Nachhaltig wirken könnten sie allerdings nur auf der Grundlage dreier Aspekte, die zu einer Neuorientierung notwendig sind:

- Kritisches und der Wahrhaftigkeit verpflichtetes Denken, Widerlegen falscher Dogmatik, Durchschauen von Unwahrheiten, freie Wissenschaften;
- Friedlicher Widerstand gegen weitere Ausbreitung von Klientelwirtschaft, Lobbyismus, Steuerverschwendung, sowie Korruption und gesetzwidriges Handeln der Regierenden; Bemühen um Verständigung über ideologische Grenzen hinweg;
- Entdecken und Betreten neuer Wege, Gründung freier, von Bürgern getragener Initiativen, konsequente Übernahme von Verantwortung der dazu Befähigten.

In dieser Hinsicht ist nun gerade in letzter Zeit viel (vor-)gearbeitet worden. Bewegungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten wie ›Mehr Demokratie‹, ›Aufstehen‹ oder ›Abstimmung 21‹ bündeln politisch progressive Kräfte; Wissenschaftler, Juristen, Ärzte und Journalisten trotzen der allgegenwärtigen Mainstreampropaganda; da es wahrscheinlich keine Aufarbeitung der problematischen Corona-Politik von höherer Stelle aus geben wird, haben Rechtsanwälte selbst einen Untersuchungsausschuss gegründet;²² zahlreiche Neuerungen in verschiedenen Lebensbereichen bezeugen den menschlichen Ideenreichtum und zeigen Perspektiven für ein gelingendes Sozialleben jenseits der vertrauten Horizonte auf.²³

Insofern scheint das Vertrauen in die wandlungsorientierte Initiativkraft der Menschen berechtigt. Ob es dabei in der näheren Zukunft ein förderliches Zusammengehen zwischen diesen Initiativen und der etablierten Politik geben kann, ist allerdings noch offen.

Bernd Brackmann, geb. 1957, Studium der Fächer Germanistik, Latein und Kunst; danach Arbeit als Lehrer und als Altenpfleger.

14 Vgl. www.n-tv.de/politik/Soeder-befuerwortet-Corona-Impfpflicht-article21735218.html

15 Vgl. <https://reitschuster.de/post/ein-klima-der-angst-wird-geschaffen/>

16 »Der Journalist Gabor Steingart [...] hat errechnet, dass das Bundeskanzleramt mit 25.347 Quadratmetern Grundfläche jetzt schon achtmal größer ist als das Weiße Haus in Washington und zehnmal größer als Downing Street in London. Mit der Erweiterung auf insgesamt 50.000 Quadratmeter Grundfläche wäre der deutsche Regierungssitz also 16-mal größer als das amerikanische und 20-mal größer als das britische Pendant. Wozu braucht Deutschland eine so große Regierungszentrale?« – www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/wo-bleibt-die-kritik-am-geplanten-600-millionen-anbau-des-bundeskanzleramts

17 Vortrag vom 25. November 1917 in Rudolf Steiner: ›Individuelle Geistwesen und ihr Wirken in der Seele des Menschen‹ (GA 178), Dornach 1992, S. 233.

18 Vgl. Ute Scheub: ›Demokratie. Die Unvollendete‹, München 2017.

19 Vgl. mehrere Beiträge in ›mdmagazin – Zeitschrift für direkte Demokratie‹ 2/2021 – www.mehrdemokratie.de/fileadmin/pdf/2021/2021-03-23_md-magazin-02-21_web.pdf

20 »In einem skandalösen und geradezu ›heimlichen‹ Akt wurde im Bundestag beschlossen, auch nach Auslaufen einer ›epidemischen Lage‹ weiterhin Einschränkungen der Reisefreiheit möglich zu machen. Die Bürger können also weiterhin schikaniert werden – dann sogar entkoppelt von zahlreichen ohnehin ungeeigneten ›Virus‹-Kriterien. Mögliches Motiv: eine Schwächung des Widerstands gegen Massenimpfung und die Einführung des digitalen Impfpasses als Einfallstor für Überwachung.« – www.nachdenkseiten.de/?p=73707

21 <https://uncutnews.ch/hermann-ploppa-ein-zurueck-in-die-alte-zeit-waere-dummheit/>

22 <https://corona-ausschuss.de/>

23 Vgl. mehrere Beiträge in ›Bankspiegel. Das Magazin der GLS Bank‹ 1/2021 – www.gls.de/media/PDF/Bankspiegel/BS_242.pdf